

Emily Graham

Kriegsdienstverweigerung – Strafverfolgung und Diskriminierung

Einführung

Die Vereinten Nationen haben das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Teil des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit anerkannt.¹ Aber nicht alle Staaten mit einer Wehrpflicht erkennen dieses Recht an. Und auch wenn es im Grundsatz anerkannt wird, können die Bestimmungen oder die Art und Weise, wie sie in Anspruch genommen werden können, einige Kriegsdienstverweigerer von diesem Recht ausschließen. In beiden Fällen können nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer als Militärdienstentzieher oder Deserteure angesehen und behandelt werden.

Ein Beispiel

Kriegsdienstverweigerer Vahan Bayatyan wurde verurteilt und wegen Militärdienstentziehung inhaftiert, obwohl er zu seiner Einberufung Briefe an die Staatsanwaltschaft, die Militärkommission und die Menschenrechtskommission des nationalen Parlamentes gesandt und darin seine Kriegsdienstverweigerung erklärt hatte:

„Ich, Vahan Bayatyan, geboren 1983, informiere Sie hiermit darüber, dass ich seit 1996 die Bibel studiere und mein Gewissen mit den Worten von Jesaja 2:4 übereinstimmt, wonach ich aus Gewissensgründen die Ableistung des Militärdienstes verweigere.“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte fest, dass hier eine Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit vorliegt.²

Nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerern drohen eine ganze Reihe von schwerwiegenden Konsequenzen wegen ihrer Weigerung, Militärdienst abzuleisten. Das kann Strafverfolgung und Inhaftierung umfassen, manchmal wiederholte Male, wie auch Geldstrafen. Allerdings stellen die meisten Regierungen die Erfüllung der Verpflichtungen des Militärdienstes eher mit anderen Maßnahmen sicher, statt mit Strafverfolgung und Inhaftierung, und sehen Militärbücher und die Versagung von Rechten und Vergünstigungen vor.

Es gibt daher eine Reihe von Konsequenzen außerhalb einer Strafverfolgung und Inhaftierung bei nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerern, unter anderem:

- Vorstrafe;
- fehlende Ausstellung notwendiger Identifikationspapiere;
- Einschränkungen der zivilen Rechte;
- eingeschränkte Möglichkeiten der Beschäftigung;
- Fehlender Zugang zu Bildungsmaßnahmen bzw. zum Ausbildungsabschluss;
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, darunter auch, das Land zu verlassen.

Konsequenzen einer Vorstrafe

Strafverfolgung und Verurteilung von Kriegsdienstverweigerern kann zu einer Vorstrafe führen, die lebenslange soziale und ökonomische Benachteiligungen zur Folge hat.³ Das Menschenrechtskomitee hat seine Besorgnis ausgedrückt, dass „verurteilte Kriegsdienstverweigerer dem Stigma einer Vorbestrafung unterliegen.“⁴

Kriegsdienstverweigerer mit einer Vorstrafe sind insbesondere bei der Möglichkeit, eine Beschäftigung zu finden, benachteiligt, sowohl im privaten, wie auch im öffentlichen Sektor. Ihre Beschäftigung im öffentlichen Bereich bzw. ihre Möglichkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden oder ihre Anstellung bei privaten Arbeitgebern kann z.B. unzulässig sein.⁵ Ein Vertreter der Zeugen Jehovas, einer religiösen Gruppe, die für ihre Kriegsdienstverweigerung bekannt ist, weist darauf hin, dass es für Kriegsdienstverweigerer „nahezu unmöglich“ sei, mit einer Vorstrafe eine Arbeitsstelle zu finden, insbesondere im öffentlichen Dienst oder bei größeren Firmen.⁶ Zusätzlich können Kriegsdienstverweigerer aufgrund ihrer Überzeugung von der Ausübung bestimmter Berufe ausgeschlossen sein, wie im Fall von Iakovos Thlimmenos.

Ein Beispiel

Iakovos Thlimmenos wurde eine Tätigkeit als Buchhalter aufgrund seiner Verurteilung wegen einer „schweren Straftat“ verweigert, nachdem er den Befehl verweigert hatte, eine Militäruniform anzuziehen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte fest, dass „eine Verurteilung wegen der Weigerung, aus religiösen oder philosophischen Gründen, eine Militäruniform zu tragen, nicht bedeuten darf, dass irgendeine Unlauterkeit oder moralische Verworfenheit unterstellt wird, die die Möglichkeit des Angeklagten einschränkt, einen Beruf auszuüben.“

Das Gericht sah Thlimmenos daher als Opfer einer Diskriminierung (Art. 14) an und eine Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 9).⁷

Darüber hinaus können Kriegsdienstverweigerer mit einer Vorstrafe weiteren Problemen unterliegen. Einigen wurde z.B. die Niederlassung verweigert, womit es ihnen nicht mehr möglich war, an Wahlen teilzunehmen.⁸ Andere Kriegsdienstverweigerer sehen sich ähnlichen Problemen bei der Wahrnehmung dieser Rechte gegenüber, wenn sie für eine bestimmte Zeit inhaftiert sind⁹ oder strafrechtliche Verfahren gegen sie anhängig sind¹⁰.

Das Menschenrechtskomitee hat die Staaten dazu aufgerufen, Vorstrafen zu löschen, wenn sie aus einer Kriegsdienstverweigerung herrühren.¹¹

Fehlen von Militärdokumenten oder anderen Identitätspapieren

Um die Erfüllung der Verpflichtungen des Militärdienstes sicherzustellen, nutzen Regierungen oft ein System des Militärbuches. In Lateinamerika als *libreta militar* bekannt, ist dies in anderen Regionen, insbesondere in Osteuropa, eine Bescheinigung über die Ableistung des Militärdienstes. Diese ist ein Nachweis, dass ein Individuum den Verpflichtungen des Militärdienstes nachgekommen ist, oft aber auch ein wesentliches Dokument, um grundlegende Rechte in Anspruch nehmen zu können. Solch ein Militärbuch wird als eine Form des Identitätsnachweises benutzt oder kann Teil der nationalen Identitätsnachweise sein. So kann zum Beispiel die Militärnummer auf den Identitätsdokumenten vermerkt sein.¹² Alternativ dazu wird in einigen Fällen ein Militärbuch verlangt, um Identitätspapiere auszustellen, wie Ausweise oder Reisepässe.¹³ So wurde z.B. Kriegsdienstverweigerern die Ausstellung von Identitätspapieren verweigert, da sie nicht die erforderlichen Dokumente des Militärkommissariats vorlegen konnten.¹⁴

Es kann daher sein, dass es Kriegsdienstverweigerern nicht möglich ist Militär- oder andere Identitätspap-

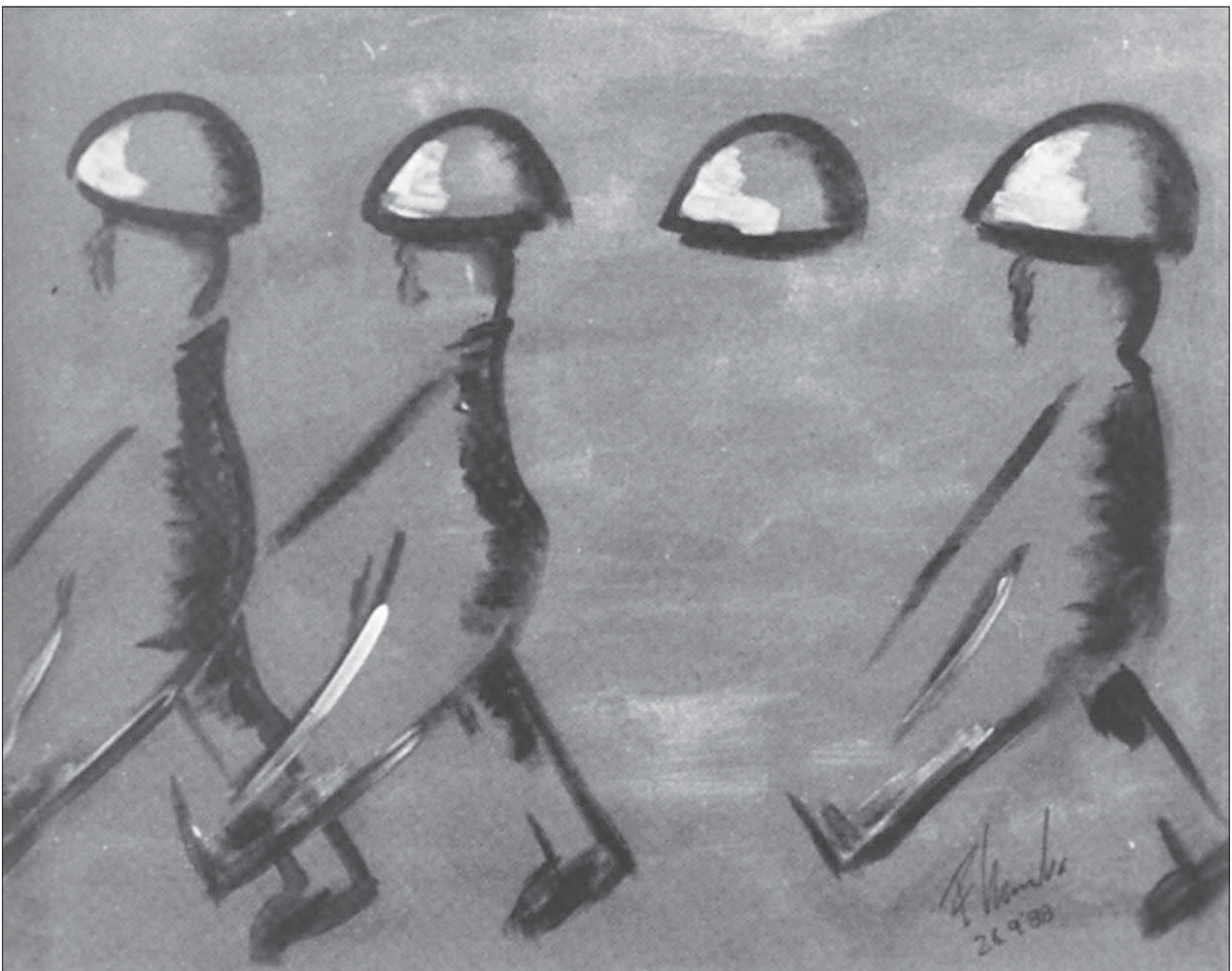
iere zu erhalten, weil sie nicht den Verpflichtungen des Militärdienstes nachgekommen sind.

Persönlicher Bericht

„Du hörst auf zu existieren“, so beschreibt ein Kriegsdienstverweigerer die Situation, nachdem er nach seiner Weigerung, Militärdienst abzuleisten, keine Identitätspapiere erhalten konnte.¹⁵

Manchmal sind Kriegsdienstverweigerer berechtigt, Identitätspapiere zu erhalten, auch ohne Militärbuch, beantragen aber nur widerwillig diese Dokumente, weil sie befürchten, damit die Behörden auf ihre Anwesenheit aufmerksam zu machen und damit Verhaftung und zwangsweise Rekrutierung zu riskieren. Ohne Militär- oder Identitätsnachweise können Kriegsdienstverweigerer möglicherweise nicht:

- eine Arbeitsstelle erhalten;
- sich immatrikulieren, graduieren oder einen Abschluss von einer Universität erhalten;
- Eigentum besitzen;
- ein Bankkonto eröffnen;
- einen Wohnsitz anmelden;



Acryl auf Leinwand, Frank Cervenka. Entnommen aus Ausstellungskatalog *Deserteure*, Gelsenkirchen 1988

- zur Wahl gehen oder sich zur Wahl stellen;
- Zugang zu zivilen Meldestellen erhalten;
- das Land verlassen.

Militär- oder andere Identitätspapiere sind oft erforderlich, um eine Arbeitsstelle aufzunehmen, sei es im öffentlichen oder privaten Bereich.¹⁶ In einem Beispiel aus Lateinamerika wird ein Militärbuch insbesondere beim Beginn einer Verwaltungskarriere angefordert oder um einen Posten in der öffentlichen Verwaltung aufzunehmen. Keiner nationalen oder ausländischen Firma ist es vom Gesetz her erlaubt, männliche Staatsbürger zu beschäftigen, die nicht nachgewiesen haben, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Militärdienst nachgekommen zu sein.¹⁷

Alternativ dazu brauchen in zentralasiatischen Staaten Staatsbürger oft einen Stempel vom Militärkommissariat, um eine Arbeiterlaubnis zu erhalten, was bei Kriegsdienstverweigerern verweigert werden kann.¹⁸ In solchen Situationen können Kriegsdienstverweigerer

Persönlicher Bericht

Ein kolumbianischer Kriegsdienstverweigerer, der den Militärdienst verweigert, beschreibt die Folgen für sein Leben: „Ich konnte nicht meine Berufsbezeichnung für Psychologie erhalten, ich hatte keinen Zugang zum offiziellen Arbeitsmarkt, in den ich mein erworbenes Wissen für die Gesellschaft hätte einbringen können.“²⁸

keine legale Arbeit finden, womit eine ganze Reihe von negativen Folgen für die einzelnen Personen und ihre Familien eintreten. Oft führt dies zu einem Ausschluss aus der offiziellen Wirtschaft.

Es kann auch zutreffen, dass Kriegsdienstverweigerer keine Ausbildung machen können¹⁹, weil oft für die Immatrikulation, eine Graduierung oder für den Erhalt eines Abschlusses von einer Universität ein Nachweis verlangt wird.²⁰

In einem Fall wird für die Graduierung an einer Universität formal ein Nachweis über die vollständige Ableistung des Militärdienstes verlangt, in der Praxis verlangen Universitäten aber schon bei der Immatrikulation Militärpapiere.²¹ Diese Art der Einschränkung begrenzt oft die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerer, eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Desweiteren ist es möglich, dass Kriegsdienstverweigerer ohne die notwendigen Dokumente legal kein eigenes Eigentum erwerben können²², keine rechtliche Anerkennung beim Kauf von Land erhalten²³, kein Bankkonto eröffnen können wie auch andere Unternehmungen, bei denen vom Staat ein Nachweis gefordert wird.²⁴

In ähnlicher Weise kann es sein, dass Kriegsdienstverweigerer nicht ihren Wohnsitz anmelden können²⁵, was dazu führt, dass sie vom Wahlregister ausgeschlossen sind und von ihrem Recht, an einer Wahl teilzunehmen. Solch ein Ausschluss von Kriegsdienstverweigerern kann auch geschehen, wenn sie keine Militärpapiere, wie die *libreta militar* haben.²⁶ 2012 drückte das UN-Menschenrechtskomitee seine Besorgnis darüber aus, dass

Kriegsdienstverweigerer „praktisch ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt“ sind. Besonders benannt wurde das Recht zur Teilnahme an einer Wahl.²⁷

Das Fehlen von Militär- oder anderen Identitätspapieren hat Folgen für zivilrechtliche Beurkundungen, wie Heirat²⁹, oder die offizielle Anerkennung eines Kindes. Solche Dokumente können sogar noch angefordert werden, wenn von Erwachsenen eine Geburtsurkunde beantragt wird.³⁰ Die Einschränkungen zivilrechtlicher Beurkundungen haben nicht nur Folgen für die Kriegsdienstverweigerer selbst, sondern können die gesamte Gemeinschaft betreffen³¹, auch die Kinder.

Ein Beispiel

In einem Fall, der vom UNHCR hervorgehoben wurde, waren die Zwillingsschwester Rasha und Lina in der Gefahr, staatenlos zu werden, als ihr syrischer Vater wegen Kriegsdienstverweigerung verhaftet wurde und ihre jordanische Mutter aus Syrien floh. Aufgrund der gesetzlichen Benachteiligung ihrer Nationalität konnte die Mutter ihre Staatsbürgerschaft nicht auf die Zwillinge übertragen. Und obwohl die Kinder von ihrem Vater die syrische Staatsbürgerschaft hätten bekommen müssen, gab es dafür nicht den notwendigen Nachweis, wie z.B. eine Heiratsurkunde. Die Kinder hatten seit der Geburt eine Reihe von ernsthaften Gesundheitsproblemen, aufgrund der fehlenden Beurkundung hatten sie aber keinen Zugang zum öffentlichen Krankenhaus.³²

Abschließend bleibt festzustellen, ohne Militär- oder andere Identitätspapiere sind Kriegsdienstverweigerer daran gehindert, sich frei zu bewegen.³³ So kann es z.B. sein, dass sie keine Fahrkarten für eine Reise erwerben können, mit der sie sich im Land bewegen oder das Land verlassen können.³⁴ Ein Militärbuch wird oft verlangt, bevor das Land verlassen werden darf, oder als grundsätzlich notwendig mitzuführendes Dokument³⁵ oder als ergänzende Vorlage zum Reisepass³⁶.

Ein Beispiel

Osman Murat Ülke konnte nicht seine Partnerin heiraten und auch nicht sein Kind anerkennen, weil er den Kriegsdienst verweigert hatte. Aus Angst vor Strafverfolgung und Inhaftierung, lebt Ülke versteckt, hat keine offizielle Adresse und brach alle Kontakte mit den Behörden ab.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beschreibt dieses „Leben im Verborgenen“ als etwas, was „einem Zivilen Tod gleichkommt“. In der Gesamtsicht wurden diese Maßnahmen, einschließlich wiederholter Strafverfolgung und Inhaftierung, vom Gericht als eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung bzw. Bestrafung nach Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention angesehen.³⁹

Das UN-Menschenrechtskomitee drückte 2012 seine Besorgnis darüber aus, dass bei einer Kriegsdienstverwei-

gerung die Verweigerer ihres Rechtes auf Bewegungsfreiheit beraubt werden.³⁷ Die Einschränkungen zum Verlassen des Landes machen es auch schwieriger, zu fliehen und im Ausland Schutz als Flüchtling zu suchen.³⁸

Zusammenfassend: ohne Militär- oder andere Identitätspapiere ist es Kriegsdienstverweigerern unmöglich, vollständig am öffentlichen und politischen Leben teilzunehmen und die Rechte und die Leistungen zu erhalten, die mit einer Staatsbürgerschaft verbunden sind.

Das Beispiel von Ecuador zeigt, dass es möglich ist, das Militärbuch abzuschaffen.

Positive Entwicklung

Über eine kürzlich eingetretene positive Entwicklung berichtete Ecuador dem UN-Menschenrechtskomitee. Das Militärbuch, die *libreta militar*, wird nicht länger eingefordert: „Die *libreta militar*, die die vollständige Ableistung des Dienstes in der Armee nachwies, und ohne die niemand die obengenannten Rechte ausüben konnte, ist nicht länger eine Voraussetzung für Männer, um zu reisen, zu studieren, Auto zu fahren usw. Mehr noch, die *libreta militar* wird nicht mehr gebraucht und alle damit verbundenen Regelungen sind aufgehoben worden.“⁴⁰

Alternativ dazu wäre es auch möglich, Regelungen für Kriegsdienstverweigerer zu treffen, wie z.B. in Serbien, Kroatien⁴¹ oder in Paraguay geschehen, womit denjenigen, die den Militärdienst verweigern, einwandfreie und notwendige Papiere ausgehändigt werden.

Positive Entwicklung

Als das Recht auf Kriegsdienstverweigerung von Paraguay anerkannt wurde, schloss dies auch die Einführung eines zusätzlichen Dokumentes für das nationale System des Militärbuches ein: die *carne de objector*.⁴²

Zusätzliche Probleme

Jenseits der Frage nach einer Vorstrafe oder dem Fehlen notwendiger Dokumente kann es sein, dass Kriegsdienstverweigerer zusätzlichen, umfassenderen Konsequenzen unterliegen, wenn sie die Ableistung des Militärdienstes verweigern, wie Diskriminierung auf der Arbeitsstelle und andere finanzielle Folgen, Einschränkungen der Reisefreiheit und der Meinungsfreiheit.

Insbesondere können Kriegsdienstverweigerer anderen Formen der Diskriminierung unterliegen, vor allem bei einer Beschäftigung im Sicherheitsbereich. Es kann sein, dass sie nicht berechtigt sind, eine Arbeit in einer öffentlichen Einrichtung, der öffentlichen Verwaltung⁴³ oder der Polizei aufzunehmen;⁴⁴ Und es kann sein, dass sie keine Erlaubnis und Genehmigung für das Eröffnen eines Geschäftes erhalten.⁴⁵

Eine Diskriminierung im Arbeitsverhältnis kann auch informell erfolgen⁴⁶, auch wenn diese Form der Diskriminierung gegen das Gesetz verstößt.⁴⁷ In der Praxis kann es zum Beispiel sein, dass Arbeitgeber die Ableistung

des Militärdienstes in ihre Stellenbeschreibung aufnehmen und als Bedingung für eine Anstellung setzen.⁴⁸ Eine subtilere Form der Diskriminierung liegt vor, wenn Kriegsdienstverweigerern eine Anstellung verweigert wird, mit der Begründung, ohne Ableistung des Militärdienstes fehlten ihnen notwendige Kenntnisse und Qualitäten.⁴⁹

Es gibt Fälle, bei denen Personen, die den Militärdienst nicht vollständig abgeleistet haben, höhere Steuern zu leisten haben.⁵⁰ Kriegsdienstverweigerer können auch ihre Berechtigung für Leistungen und Beihilfen der Regierung verlieren, darunter die Darlehensaufnahme, Unterbringung in öffentlichen Wohnungen und Zuteilungsscheine für wichtige Artikel.⁵¹ Zusätzlich kann es sein, dass Kriegsdienstverweigerer nicht berechtigt sind, Zahlungen der Sozialversicherungen in der selben Höhe und unter den selben Bedingungen zu erhalten, wie andere Personen, die den Militärdienst abgeleistet haben.⁵²

Persönlicher Bericht

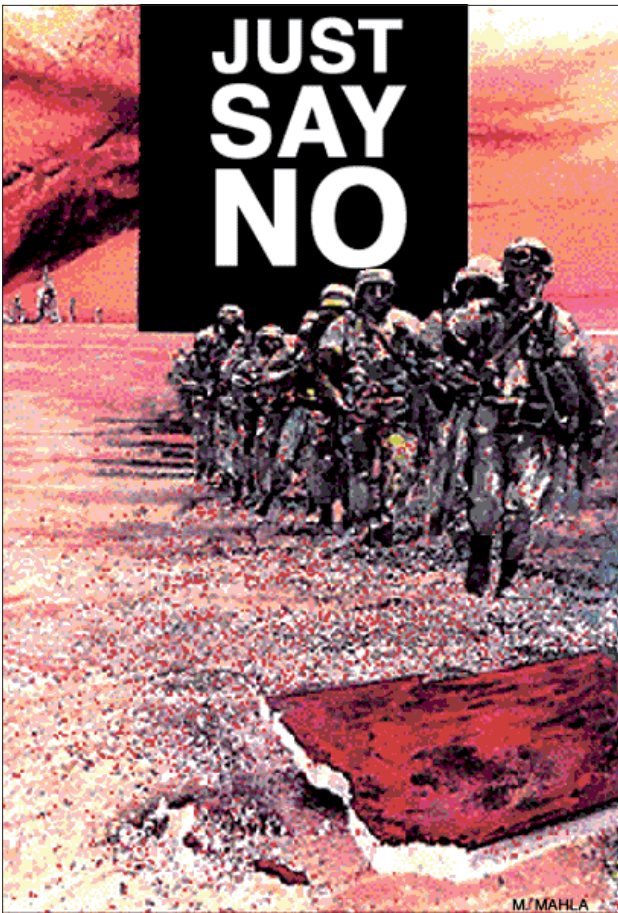
Einem Kriegsdienstverweigerer aus Griechenland zufolge „gibt es nur eine Handvoll Verweigerer. Die meisten jungen Männer haben Angst, den Dienst zu verweigern. Sie haben Sorge, dass sie ins Gefängnis gehen müssen und dass sie nicht arbeiten können oder keinen Reisepass haben – Du kannst nicht ins Ausland reisen, wenn Du ein Totalverweigerer bist.“⁵⁷

In einigen Fällen sind alle Staatsbürger, die für den Militärdienst infrage kommen könnten, vom Verlassen des Landes ausgeschlossen.⁵³ In einem Beispiel, wird folgenden Gruppen üblicherweise die Erteilung von Ausreisvisa verweigert: Männer unter 54 Jahre, Frauen unter 27 Jahre, Kinder ab einem Alter von 11 Jahren und insbesondere Zeugen Jehovas.⁵⁴ In anderen Fällen gelten die Einschränkungen zum Verlassen des Landes insbesondere für Militärdienstentzieher oder Deserteure.⁵⁵ So wird z.B. Personen, die für Militärdienstentzieher gehalten werden, nicht erlaubt, auf Schiffen zu arbeiten, die außerhalb der nationalen Gewässer fahren.⁵⁶

In einigen Fällen ist auch die Bewegungsfreiheit im Land eingeschränkt. In einem zentralasiatischen Staat wird Kriegsdienstverweigerern eine Sperrstunde auferlegt und sie mit einer zur Bewährung ausgesetzten Strafe daran gehindert, den Wohnort zu verlassen.⁵⁸ In einem anderen Fall ist die Bewegungsfreiheit von allen für den Militärdienst in Frage kommenden Personen eingeschränkt und Personen können zu jeder Zeit angehalten, verhaftet und in Haft behalten werden.⁵⁹

Desweiteren ist es Kriegsdienstverweigerern nicht immer möglich, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Der Hochkommissar für Menschenrechte hat seine Besorgnis darüber ausgedrückt, dass es Einschränkungen der Meinungsfreiheit für die Personen gibt, die Kriegsdienstverweigerer und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung unterstützen.⁶⁰ In einem Fall sieht das Strafgesetzbuch vor, dass Kriegsdienstverweigerer verurteilt und inhaftiert werden können we-

gen „Distanzierung des Volkes vom Militär“, wenn ihre Erklärungen oder ihr Verhalten „Menschen dazu ermutigt oder anregt zu desertieren oder nicht den Militärdienst abzuleisten“⁶¹. In einem anderen Fall wird die Anstiftung zur Kriegsdienstverweigerung in ähnlicher Weise als schweres Vergehen bewertet. Nach dem Strafgesetzbuch „sollen die Personen, die eine kriminelle Organisation gegründet oder dieser beigetreten sind, mit dem Ziel, den Militärdienst oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung der Steuer zu verweigern zu einer Haftstrafe von bis zu zehn Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden“⁶².



2012 drückte das UN-Menschenrechtskomitee seine Besorgnis darüber aus, dass solche Regelungen „der Meinungsfreiheit entgegen stehen“, da Menschenrechtsverteidiger und Journalisten verurteilt wurden.⁶³ Es gibt auch die Befürchtung, dass Verhaftungen und Verurteilungen von Kriegsdienstverweigerern und Menschenrechtsverteidigern als Form der Schikane oder Einschüchterung benutzt werden mit der Absicht, von politischen Aktivitäten abzuschrecken und das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Wie oben beschrieben sind Personen auf verschiedene Art und Weise davon betroffen, wenn sie den Militärdienst verweigern und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt oder nicht in Kraft gesetzt ist. Aber manchmal sind ethnische oder religiöse Minder-

heiten Opfer besonderer Formen der Diskriminierung als einer Gruppe, da die Angehörigen der Gruppe Kriegsdienstverweigerer sind.

Zeugen Jehovas unterliegen oft solcher Formen der Diskriminierung. In einem Fall ist diese religiöse Minderheit verboten, als Hauptgrund für das Verbot wird deren Kriegsdienstverweigerung genannt.⁶⁴ Andere Formen diskriminierender Behandlung von Zeugen Jehovas zeigen sich in einem Fall: Entlassung aus dem Staatsdienst und Verlust der Berechtigung für eine Arbeit im staatlichen Bereich, Zwangsräumung und Verlust der Berechtigung in einer staatlichen Wohnung zu wohnen, Verweigerung der Ausstellung von Identitätsdokumenten und Reisepässen, Verweigerung der Ausstellung von Ausreisevisa und der Entzug der Staatsbürgerschaft.⁶⁵ Auch in einem zentralasiatischen Staat wird Männern einer besonderen ethnischen Minderheit, den Mescheten, die zu spät zum Militärdienst erschienen oder sich diesem entzogen haben, die Staatsbürgerschaft vorenthalten.⁶⁶

Zusammenfassung und Empfehlungen

Wenn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht vollständig anerkannt und in der nationalen Praxis in Kraft gesetzt ist, können Kriegsdienstverweigerer einer Reihe von negativen und schwerwiegenden Konsequenzen unterliegen, wenn sie sich weigern, den Militärdienst abzuleisten. Es ist wichtig, die volle Tragweite dieser Konsequenzen zu verstehen, von Strafverfolgung und Inhaftierung, Vorbestrafung und dem Fehlen von Militär- oder anderen Identitätspapieren. Solche Folgen machen es Kriegsdienstverweigerern schwer, eine Beschäftigung aufzunehmen, eine Ausbildung zu machen, sich frei zu bewegen, ihre Recht auf Teilnahme an der Wahl wahrzunehmen und vollständig am öffentlichen und politischen Leben teilzunehmen.

Internationale Standards verbieten die Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern, wenn sie die Ableistung des Militärdienstes verweigern in Bezug auf alle zivilen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte.

Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedete einstimmig eine Resolution über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und erklärte, „dass Staaten in ihren Gesetzen und ihrer Praxis Verweigerer aus Gewissensgründen hinsichtlich der Dauer oder der Bedingungen des Dienstes oder wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder politischer Rechte nicht benachteiligen dürfen“⁶⁷.

Zudem erklärte das UN-Menschenrechtskomitee in General Comment Nr. 22, dass „es keine Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern geben darf, wenn sie den Militärdienst nicht abgeleistet haben“⁶⁸.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die internationalen Standards das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennen und auch Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern untersagen, wenn sie sich der Ableistung des Militärdienstes verweigern. Deshalb sind Staaten verpflichtet, Regelungen für Kriegsdienstverweigerer vorzusehen, auch das Recht auf Nicht-Dis-

kriminierung für alle zivilen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte.

Fußnoten

- 1 Resolution 24/17 des UN-Menschenrechtsrates (A/HRC/24/17) vom 27. September 2013; General Comment des UN-Menschenrechtskomitees No. 22 (CCPR/C/21/Rev.1/Add.4) vom 30. Juli 1993
- 2 Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. *Bayatyan v. Armenia*, Antrag No. 23459/03. Entscheidung vom 20. Juli 2011
- 3 Kriegsdienstverweigerer können mit verschiedenen Anklagen belegt werden, darunter Militärdienstentziehung, Desertion und Ungehorsam, z.B. bei Weigerung, eine Militäruniform zu tragen. In Griechenland können Kriegsdienstverweigerer zudem bei Anklagen mit einem System von Geldstrafen belegt werden: eine administrative Geldstrafe von 6.000 € wird automatisch bei Nichterscheinen zur Einberufung auferlegt. Sie kann mehrmals erfolgen, aber jeder, der dem Staat mehr als 5.000 € schuldet, kann strafrechtlich verfolgt und zu einer Haftstrafe verurteilt werden. Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO): Annual Report - Conscientious objection to military service in Europe, 2013
- 4 UN-Menschenrechtskomitee: Concluding Observations on Republic of Korea (CCPR/C/KOR/CO/3) vom 28. November 2006, Absatz 17
- 5 EU-min Jung et al v. Republic of Korea (CCPR/C/98/D/1593-1603/2007) vom 14. April 2010, Absatz 5.6
- 6 Dae-il Hong, Vertreter des Büros der Zeugen Jehovas der Republik Korea, zitiert in: *Jehovah's Witnesses: Injustice in South Korea Causes International Outcry*, 1. Oktober 2013
- 7 Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. *Thlimmenos v. Greece*. Antrag No. 34369/97 vom 6. April 2000
- 8 Conscience Peace Tax International (CPTI): Submission to the Human Rights Committee: Armenia 103rd Session, 2011
- 9 UN-Menschenrechtskomitee: Core document forming part of the reports of state parties: Turkey (HRI/CORE/TUR/2007) vom 8. Juli 2008
- 10 War Resisters' International (WRI): Submission to the Human Rights Committee: Greece 83rd Session, 2005
- 11 *Atasoy and Sarkut v. Turkey* (CCPR/C/104/D/1853-1854/2008) vom 19. Juni 2012, Absatz 12; *Kim et al v. Republic of Korea* (CCPR/C/106/D/1786/2008) vom 1. Februar 2013, Absatz 9
- 12 In der Türkei ist in Reisepässen vermerkt, ob eine Person den Militärdienst abgeleistet hat, in neueren Reisepässen ist dafür ein Barcode eingearbeitet, der elektronisch auf die Akte des Passinhabers verweist und Angaben über den Militärdienst beinhaltet.; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Turkey: V. 7.0., 2013
Alternativ dazu enthalten in Ägypten Personalausweise Informationen darüber, ob der Militärdienst vollständig abgeleistet wurde oder nicht; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Egypt, 2013
- 13 In einigen Fällen führt allein die Weigerung zur Erfassung zum Militärdienst dazu, dass Kriegsdienstverweigerer keine offiziellen Ausweispapiere mit Lichtbild oder einen Führerschein erhalten oder diesen nicht erneuern können. Solche Beschränkungen gibt es im Bundesgesetz der USA, hier dem Military Selective Service Act und Defence Authorization Act sowie mit gleichem Wortlaut in zahlreichen Gesetzen auf Länderebene.
- 14 CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Armenia 105th Session, 2011
- 15 Zitat eines türkischen Kriegsdienstverweigerers, zitiert nach Hannah Brock: *Conscientious objectors' in The Friend* Vol. 170, No. 51, 2012, S. 10-11
- 16 Die Schwierigkeiten, denen sich Kriegsdienstverweigerer ohne Militär- oder anderen Identitätspapieren bei Beschäftigungen im Sicherheitsbereich gegenübersehen, unterscheidet sich davon und wird im Abschnitt über Strafverfolgung und den oben bereits diskutierten Konsequenzen einer Vorstrafe diskutiert.
- 17 Artikel 36 des Gesetzes 48/1993, geändert durch den Erlass 2150/1995, Kolumbien
- 18 CPTI: Submission to the Universal Periodic Review: Turkmenistan 3rd Session, 2008
- 19 Die meisten Einschränkungen betreffen den Zugang zur höheren Ausbildung, wie Universitäten. Im Fall von Eritrea sind die Ausbildungsmöglichkeiten allerdings schon wesentlich früher eingeschränkt mit dem letzten Jahr der Oberschule, die in einem Militärlager durchgeführt wird. Der Berichterstatter für Eritrea legte dar, dass die Wehrpflicht „erhebliche Auswirkung auf die Ausbildung“ habe. Und 2013 drückte der Menschenrechtsrat tiefe Besorgnis darüber aus und verurteilte zugleich die „Zwangspflicht von Kindern, die das letzte Jahr der Schule in einem Militärlager absolvieren müssen.“ UN-Menschenrechtsrat: Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Eritrea (A/HRC/23/53) vom 28. Mai 2013. UN-Menschenrechtsrat: Resolution 23/21 über die Situation der Menschenrechte in Eritrea (A/HRC/RES/23/21) vom 25. Juni 2013.
- 20 Im Jemen wird ein Nachweis über die Ableistung des Militärdienstes verlangt, um einen Abschluss zu erhalten. UniversitätsstudentInnen in Eritrea erhalten ihre Abschlusszeugnisse nur bei vollständiger Ableistung des Nationaldienstes. Andere ähnliche Regelungen sind in Bolivien und Kolumbien zu finden, soweit es die Einschreibung oder den Abschluss eines Universitätsstudiums betrifft. CPTI: Military recruitment & conscientious objection: a thematic global survey, 2005, S. 24; International Fellowship for Reconciliation (IFOR) und SPTI: Submission to the Human Rights Committee: Bolivia 109th Session, 2013; CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Colombia 197th Session, 2009; Amnesty International: Eritrea: Religious Persecution (AFR 64/013/2005) vom 7. Dezember 2005
- 21 In Kolumbien verlangt die Nationale Einberufungsbehörde von Universitäten, zu prüfen, ob Studenten ihren Verpflichtungen des Militärdienstes nachgekommen sind (Offizielles Schreiben 006 CISCOR Z4 DIM 27 S1 155, datiert vom 19. Mai 2006). Das wurde von einer Universität angefochten, da es in Widerspruch zu Artikel 111 des Erlasses 2150/1995 stehe. Dennoch erhielten seitdem nach Berichten auch andere Universitäten ähnliche Schreiben zum Vorgehen bei Einschreibungen. CPTI und IFOR: Submission to the Universal Periodic Review: Colombia 16th Session, 2013; WRI: Submission to the Human Rights Committee: Colombia 97th Session, 2009
- 22 CPTI: Submission to the Universal Periodic Review: Turkey 8th Session, 2010
- 23 Das wird über die Situation von Zeugen Jehovas in Eritrea berichtet; United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report: Eritrea, 2013
- 24 CPTI: Submission to the Universal Periodic Review: Turkey 8th Session, 2010; Tatsächlich kann die Verweigerung der Erfassung in den USA dazu führen, dass Kriegsdienstverweigerer keinen Scheck einlösen können, da sie kein offizielles Dokument mit Lichtbild oder Führerschein vorlegen können; CPTI: Military recruitment & conscientious objection, 2005, S. 96
- 25 Emma Sinclair-Webb: *Military service and manhood in Turkey*; Peace News: June – August 2002, Issue 2447; CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Armenia 103rd Session, 2011
- 26 Ministerio de Defensa del Estado Plurinacional de Bolivia: *Generalidades: Servicio Militar*, 2012, S. 18
- 27 UN-Menschenrechtskomitee: Concluding Observations on Turkey (CCPR/C/TUR/CO/1) vom 13. November 2012
- 28 Zitat eines kolumbianischen Kriegsdienstverweigerers, zitiert nach CPTI und IFOR: Submission to the Universal Periodic Review, Colombia 16th Session, 2013
- 29 CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Armenia 103rd Session, 2011; USCIRF: Annual Report: Eritrea, 2013; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Eritrea, 2012; CPTI: Military recruitment and conscientious objection (Turkey), 2003, S. 24
- 30 Ministerio de Defensa del Estado Plurinacional de Bolivia: *Generalidades: Servicio Militar*, 2012, S. 18
- 31 Zeugen Jehovas können in Eritrea keine offizielle Anerkennung für eine Heirat erhalten. USCIRF: Annual Report, 2013
- 32 UNHCR: *The Future of Syria: Refugee Children in Crisis*, 2013, S. 57

- 33 In der Türkei ist es Kriegsdienstverweigerern nicht möglich, sich ohne Militär- oder andere Identitätspapiere frei zu bewegen und sie müssen befürchten, verhaftet zu werden, da sie bei Reisen dem Risiko unterliegen mit Behörden in Kontakt zu kommen, die Kontrollen in einem Hotel oder bei Straßensperren durchführen.
- 34 Kriegsdienstverweigerer, die sich in den USA nicht für eine Wehrpflicht erfassen lassen, können keine Flug- oder Zugtickets kaufen, da sie kein offizielles Dokument mit Lichtbild oder Führerschein vorlegen können; CPTI: Military recruitment & conscientious objection, 2005, S. 96
- 35 Männliche Bürger Boliviens müssen ihr Militärbuch als Nachweis für die Ableistung des Militärdienstes vorlegen, wenn sie das Land verlassen wollen und im Alter zwischen 17 und 50 sind; CPTI und IFOR: Submission to the Human Rights Committee: Bolivia 109th Session, 2013
- 36 CPTI und IFOR: Submission to the Human Rights Committee: Greece 83rd Session, 2013
- 37 UN-Menschenrechtskomitee: Concluding Observations on Turkey (CCPR/C/TUR/CO/1), 13. November 2012
- 38 UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR): Guidelines on International Protection No. 10: Claims to Refugee Status related to Military Service within the context of Article 1A (2) of the 1951 Convention and/or the 1967 Protocol relating to the Status of Refugees, 3. Dezember 2013
- 39 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, II.. Kammer: Ülke v. Turkey. Application No. 39437/98 vom 24. Januar 2006
- 40 Ecuador: Reply to the Human Rights Committee, List of Issues 97th Session (CCPR/C/EQU/Q/5) vom 25. August 2009, Absatz 24
- 41 Serbien und Kroatien sehen für Kriegsdienstverweigerer, die einen alternativen Dienst ableisten, ein Dokument vor, das ihnen bestätigt, dass sie den Erfordernissen des nationalen Dienstes nachgekommen sind. In Kroatien ist das „Zivilbuch“ zugleich eine Art Identitätsnachweis. Prigovor za Mir: Comparative study on the existing models of civilian service in the region – future models of civilian service for the countries of the region, 2004; CPTI: Military recruitment and conscientious objection, 2005, S. 23. Anm. d. Ü.: In Kroatien wurde die Wehrpflicht 2008 ausgesetzt, in Serbien 2011
- 42 Artikel 76 und 93 Abs. 1 des Militärdienstgesetzes der Republik Korea, zitiert in Kuk Cho: Conscientious Objection to Military Service in Korea: The Rocky Path from Being an Unpatriotic Crime to a Human Right, in: Oregon Review of International Law Vol. 9, 2007; CPTI und IFOR: Submission to the Universal Periodic Review: Republic of Korea 14th Session, 2012
- 43 Europäische Kommission: Developing anti-discrimination law in Europe (Slovenia), 2009, S. 67
- 44 US Department of State: country Reports on Human Rights Practices: Eritrea, 2012; Ergänzend dazu: Kriegsdienstverweigerer aus Griechenland können möglicherweise kein eigenes Geschäft eröffnen, wenn sie Steuerschulden haben, was aufgrund der administrativen Geldstrafe von 6.000 € ein Problem für sie darstellt. Diese haben sie automatisch zu zahlen, wenn sie einer Einberufung keine Folge leisten.
- 45 Es wird berichtet, dass Arbeitgeber in der Türkei lieber Arbeitskräfte nehmen, die bereits der Militärdienstpflicht nachgekommen sind; Netherlands, Ministry of Foreign Affairs: Turkey/Military Service, 2001
- 46 In Israel besagt das Gesetz, dass Arbeitgeber von Arbeitssuchenden oder Arbeitnehmern keine Auskunft über ihren Musterungsbescheid verlangen dürfen, was für einige eine Möglichkeit darstellt, von der Ableistung des Militärdienstes ausgenommen zu werden. Die Rechtsprechung der nationalen Gerichte hat diese Regelung so interpretiert, dass es auch unzulässig ist, nachzufragen, ob jemand Militärdienst abgeleistet hat.
- 47 ADALAH: Submission to the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Israel 47th Session
- 48 H. Brock: Conscientious objectors; in: The Friend, Vol. 170, No. 51, 2012, S. 10-11
- 49 Wer seinen Militärdienst nicht vollständig abgeleistet hat, auch Kriegsdienstverweigerer, zahlt höhere Steuern oder ist nicht berechtigt für Steuererleichterungen, so in Israel, Singapur, der Schweiz und Kolumbien; CPTI: Military recruitment & conscientious objection, 2005, S. 24 und 35-36; CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Israel 97th Session, 2009
- 50 US Department Of State: Country Reports on Human Rights Practices: Eritrea, 2012; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Eritrea, 2012
- 51 CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Israel 97th Session, 2009
- 52 CPTI: Military recruitment & conscientious objection, 2005, S. 24; CPTI: Submission to the Human Rights Committee: Israel 97th Session, 2009
- 53 Das ägyptische Militärdienstgesetz untersagt Männern, die ihren Militärdienst noch nicht vollständig abgeleistet haben, ins Ausland zu reisen oder zu emigrieren; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Egypt, 2013
- 54 Amnesty International: Eritrea: Religious Persecution (AFR 64/013/2005) vom 7. Dezember 2005; US Department of State: Country Reports on Human Rights Practices: Eritrea, 2012; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Eritrea, 2012
- 55 In der Türkei dürfen Militärdienstentzieher, sowohl nicht erfasste (yoklama kaçağı) wie auch bereits erfasste (bakaya), nicht das Land verlassen. In Griechenland kann Kriegsdienstverweigerern das Verlassen des Landes untersagt werden; Immigration and Refugee Board of Canada: Turkey: Compulsory military service (TUR103455.E) vom 21. Mai 2010; WRI: Country report and updates: Greece, 2008
- 56 WRI: Country report and updates: Greece, 2008
- 57 Aussage eines griechischen Kriegsdienstverweigerers, zitiert in EBCO: Annual Report: Conscientious objection to military service in Europe 2013, S. 28-29
- 58 F. Corley: Turkmenistan: Four new conscientious objector prisoners of conscience, Forum 18 vom 18. Februar 2013
- 59 Human Rights Watch: Ten long years: a briefing on Eritrea's Missing Political Prisoners, 2011; UK Border Agency: Operational Guidance Note: Eritrea, 2012
- 60 UN-Menschenrechtsrat: Analytical report on conscientious objection to military service: Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights A/HRC/23/22 vom 3. Juni 2013, Absatz 64
- 61 Artikel 318 des Türkischen Strafgesetzbuches stellt die „Distanzierung des Volkes vom Militär“ unter Strafe. 2013 wurden die von diesem Artikel inkriminierten Taten abgeändert und speziell auf Stellungnahmen oder Handlungen bezogen, „die Menschen dazu ermutigen oder anregen, zu desertieren oder nicht den Militärdienst abzuleisten“. Human Rights Watch forderte die „vollständige Außerkraftsetzung“ des Artikels im Interesse der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung; Human Rights Watch: Turkey: Strengthen Law Reform Bill, 2013; Amnesty International: Turkey: Legal reforms fall short on freedom of expression, 2013
- 62 Das ist der Fall in der Republik Korea, wo Kriegsdienstverweigerern eine Haftstrafe oder eine Geldstrafe von 1,5 Millionen Won bei „Aufhetzung“ zur Kriegsdienstverweigerung droht; CPTI: Military recruitment & conscientious objection, 2005, S. 85
- 63 UN-Menschenrechtskomitee: Concluding Observations on Turkey (CCPR/C/TUR/CO/1) vom 13. November 2012
- 64 Die Zeugen Jehovas sind in Tadschikistan seit 2007 verboten; USCIRF: Annual Report, 2013
- 65 US Department of State: Country Reports on Human Rights Practices: Eritrea, 2012
- 66 Nach Berichten wird den Mescheten in Aserbaidschan die Staatsbürgerschaft vorenthalten; Refugees International: Nationality rights for all, 2009, S. 42
- 67 UN-Menschenrechtsrat: Resolution 24/17 (A/HRC/24/17) vom 27. September 2013, Absatz 12
- 68 UN-Menschenrechtskomitee: General Comment No. 22 (CCPR/C/21/Rev.1/Add.4) vom 30. Juli 1993 zu „Gedanken-, Gewissens und Religionsfreiheit (Art. 18)

Emily Graham: Conscientious objectors to military service – Punishment and discriminatory treatment. Mai 2014. Veröffentlicht von Quaker United Nations Office. Übersetzung: Rudi Friedrich